

Anfragen: Junisession 2014

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
-------------	---------------------	-------	-------

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE

7	Hofmann Andreas, Bern (SP)	Nahm die BKW am BFE-Benchmarking teil, und wenn ja, mit welchem Erfolg?	3
12	Imboden Natalie, Bern (Grüne)	Radioaktive Belastungen auf kantonalbernischem Grundstück im Brügemoos/Biel	4
16	Schnegg Pierre-Alain, Champoz (SVP)	Strahlenskandal in Biel	5
13	Riem Bernhard, Iffwil (BDP)	Lärmschutzbauten in Fraubrunnen	6
15	Baumann Kilian, Suberg (Grüne)	Bewilligung für Erdgasförderung trotz beschlossenen Fracking-Verbot im Kanton Bern?	7



Polizei- und Militärdirektion POM

3	Müller Moritz, Bowil (SVP)	Rückschaffung nach abgewiesenem Asylentscheid	8
6	Fuchs Thomas, Bern (SVP)	Armee- und Polizeimaterial – Retablierung künftig in der Stadt Bern nicht mehr möglich?	9
8	Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)	Vertragsgemeinden der Kantonspolizei: Stand	10
9	Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)	Vertragsgemeinden der Kantonspolizei: Bereits zwei Kündigungen. Wie weiter?	11

Staatskanzlei STA (Juradelegation)

14	Bühler Manfred, Cortébert (SVP)	Interjurassische Zusammenarbeit: Wurde der Kanton Bern hintergangen?	12
----	---------------------------------	--	----

Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF

1	Guggisberg Lars, Kirchlindach (SVP)	Verspätete Zahlungen an Spitex-Organisationen	13
4	Gsteiger Patrick, Eschert (EVP)	Exit erweitert Sterbehilfeangebot für lebensmüde Betagte	14

Erziehungsdirektion ERZ

5	Geissbühler-Strupler Sabina, Herrenschanzen (SVP)	Wie weiter mit der Fachhochschule Burgdorf?	15
11	Bachmann Christian, Nidau (SP)	Reduktion von Sportlektionen am Gymnasium	16

Volkswirtschaftsdirektion VOL

2	Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg (SVP)	Vergabe IT-Aufträge - Gesamtlösung EDV Landwirtschaft und Natur (GELAN)	17
---	---	---	----

Finanzdirektion FIN

10 Bachmann Christian, Nidau (SP)

Einführung HRM 2

18

Anfragen Junisession 2014**Anfrage 7**Urheberin/Urheber: **Hofmann Andreas, Bern (SP)**Beantwortet durch: **BVE****Nahm die BKW am BFE-Benchmarking teil, und wenn ja, mit welchem Erfolg?**

Gemäss «Bund» vom 27.05.2014 hat das BFE erstmals untersucht, ob die Schweizer Stromfirmen für die Energiewende gerüstet sind. Resultat: Nur ca. die Hälfte der 55 angeschriebenen Firmen hat sich am Benchmarking beteiligt, davon noch einmal ca. die Hälfte bloss anonym. Die Resultate hat das BFE in einem Schlussbericht vom 20. Mai 2014 publiziert.

Da sich die meisten Stromanbieter mehrheitlich in öffentlicher Hand befinden, ist dieses Ergebnis demokratiepolitisch bedenklich. Die BKW befindet sich entweder unter den Anonymen oder hat gar nicht teilgenommen.

Fragen:

1. Hat die BKW am erwähnten Benchmarking teilgenommen?
2. Wenn ja, welche Prozentzahl hat die BKW im Gesamtergebnis (Seite 9 des Schlussberichts) erzielt?

Anfragen Junisession 2014**Anfrage 12**Urheberin/Urheber: **Imboden Natalie, Bern (Grüne)**Beantwortet durch: **BVE****Radioaktive Belastungen auf kantonalbernischem Grundstück im Brüggmoos/Biel**

Auf einer A5-Baustelle in Biel wurde radioaktives Material gefunden, das für die Bevölkerung und Arbeitnehmende vor Ort gesundheitsgefährdend ist bzw. sein kann. Während die Angestellten vor Ort auf der Baustelle zum Glück geschützt wurden, wurde die Öffentlichkeit nicht informiert.

Fragen:

1. Warum hat der Kanton als Bauherr die Bevölkerung nicht über die radioaktiven Funde informiert?
2. Welche Massnahmen werden zum Schutz der Bevölkerung vor Ort ergriffen?
3. Gibt es im Kanton Bern weitere Fundorte mit radioaktiven Altlasten?

Anfragen Junisession 2014**Anfrage 16**

Urheberin/Urheber: **Schnegg Pierre-Alain,
Champoz (SVP)**

Beantwortet durch: **BVE**

Strahlenskandal in Biel

Seit diesem Wochenende berichten die Medien über den Strahlenskandal in Biel. Abfälle aus dem Gebiet der A5-Baustelle wurden in verschiedenen Deponien zwischengelagert, dies unter Einhaltung der geltenden Verfahren und mit entsprechender Bewilligung des Kantons.

Fragen:

1. Kann der Kanton bestätigen, dass keine radiumhaltigen Abfälle auf einer Deponie gelandet sind?
2. Warum hat es der Kanton nicht für nötig erachtet, die Deponien, die Abfälle von dieser Baustelle entgegengenommen haben, entsprechend zu informieren?
3. Wenn Abfälle mit dem Einverständnis (mit der Bewilligung) des Kantons auf Deponien verbracht wurden und es sich erweisen sollte, dass diese radiumverseucht sind, werden dann die Analyse- und Sanierungskosten, die den betroffenen Deponien entstehen, vom Kanton getragen?

Anfragen Junisession 2014

Anfrage 13

Urheberin/Urheber: **Riem Bernhard, Iffwil (BDP)**

Beantwortet durch: **BVE**

Lärmschutzbauten in Fraubrunnen

Die einseitige Sanierung der Kantonsstrasse in Fraubrunnen hat bezüglich Lärmschutz und Ästhetik einen sehr hohen Standard.

Frage:

- Welche Kosten sind total und per Laufmeter entstanden?

Anfragen Junisession 2014**Anfrage 15**Urheberin/Urheber: **Baumann Kilian, Suberg (Grüne)**Beantwortet durch: **BVE****Bewilligung für Erdgasförderung trotz beschlossenem Fracking-Verbot im Kanton Bern?**

Die am 28. Mai 2014 öffentlich gewordene Absicht des Erdölkonsortiums um die SEAG und die Peos AG, in Rapperswil nach Erdgas zu suchen, untermauert den Willen der Erdöl-Branche, auch im Kanton Bern auf fossile Ressourcen zu setzen. Der medialen Berichterstattung konnte entnommen werden, dass die SEAG und die Peos AG im Falle eines Fundes von Erdgas die äusserst umstrittene und umweltschädigende Fördermethode Fracking nicht ausschliessen (vgl. Der Bund vom 28. Mai 2014 oder Schweiz aktuell vom 30. Mai 2014). Dieses Vorgehen ist umso unverständlicher, weil die politischen Behörden des Kantons Bern vor kurzem unmissverständlich klar gemacht haben, dass Fracking im Kanton Bern verboten werden soll. Auf Antrag des Regierungsrates hat der Grosse Rat in der Märzsession 2014 eine Motion zur Etablierung eines Verbots von Fracking im Kanton Bern mit 93 zu 47 Stimmen überwiesen. Für die vor einem halben Jahr lancierte und kurz vor der Einreichung stehende Stopp-Fracking-Initiative der Grünen wurden über 19 000 Unterschriften gesammelt. Angesichts dieser politischen Weichenstellungen ist der Kanton Bern gut beraten, Bewilligungen, die später zu Fracking führen könnten, strikt zu verweigern. Nur so lassen sich all-fällige spätere Schadenersatzforderungen der Erdöl-Branche verhindern.

Fragen:

1. Seit wann hat der Regierungsrat Kenntnis von der Absicht des Erdölförderkonsortiums um die SEAG und die Peos AG, in Rapperswil nach Erdgas zu suchen?
2. Hat der Regierungsrat für das Projekt in Rapperswil bereits eine Bewilligung erteilt, und wenn ja, welche?
3. Ist der Regierungsrat angesichts des klaren parlamentarischen Willens und der kurz vor der Einreichung stehenden Initiative für ein Fracking-Verbot im Kanton Bern bereit, sämtliche Gesuche in diesem Zusammenhang zu verweigern?

Anfragen Junisession 2014

Anfrage 3

Urheberin/Urheber: **Müller Moritz, Bowil (SVP)**

Beantwortet durch: **POM**

Rückschaffung nach abgewiesenem Asylentscheid

Vor fünf Jahren stellte eine Familie aus Südafrika ein Asylgesuch in der Schweiz. Vor zwei Jahren wurde dieses Gesuch abgewiesen, und seit dieser Zeit passiert nichts mehr.

Sie leben weiterhin in der Schweiz, obwohl alle gültige Pässe von Südafrika besitzen.

Fragen:

1. Warum werden diese Personen nicht zurückgeführt?
2. Von was lebt diese Familie?
3. Sind noch weitere Fälle unter solchen Voraussetzungen bekannt?

Anfragen Junisession 2014**Anfrage 6**Urheberin/Urheber: **Fuchs Thomas, Bern (SVP)**Beantwortet durch: **POM****Armee- und Polizeimaterial – Retablierung künftig in der Stadt Bern nicht mehr möglich?**

Für Anpassungen, Ersatz und Austausch an der persönlichen Ausrüstung, welche die Armeeangehörigen während ihrer Dienstpflicht besitzen, wird u. a. an der Papiermühlestrasse 17L in Bern eine Retablierungsstelle geführt. Hier erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei, die ebenfalls auf dieser Retablierungsstelle basiert. Die Retablierungsstelle Bern in unmittelbarer Nähe des Pentagon macht zudem auch logistisch Sinn.

Dem Vernehmen nach soll die Retablierungsstelle in Bern nun aber ersatzlos geschlossen und nach Thun verlegt werden.

Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat die beabsichtigte Schliessung bekannt?
2. Welche Schritte unternimmt der Regierungsrat, damit eine Retablierungsstelle in der Stadt Bern verbleibt?

Anfragen Junisession 2014**Anfrage 8**Urheberin/Urheber: **Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)**Beantwortet durch: **POM****Vertragsgemeinden der Kantonspolizei: Stand**

Mehrere Gemeinden haben mit der Kantonspolizei Verträge abgeschlossen und damit Leistungen eingekauft. Das Gros der Gemeinden hat keinen Vertrag mit der Kapo. Erst, wenn eine gewisse Zahl von unentgeltlichen Interventionen überschritten ist (je nach Gemeindegrösse), kontaktiert die Kantonspolizei die Gemeinden für einen Vertragsabschluss.

Fragen:

1. Welche Gemeinden haben welchen Vertrag mit der Kantonspolizei?
2. Wie viele Gemeinden haben im Jahr 2013 mehr als die unentgeltlichen Interventionen (Art. 12 PolG) in Anspruch genommen?
3. Wie hoch sind die Einnahmen insgesamt von allen Gemeinden für die Leistungen der Kantonspolizei?

Anfragen Junisession 2014**Anfrage 9**Urheberin/Urheber: **Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)**Beantwortet durch: **POM****Vertragsgemeinden der Kantonspolizei: Bereits zwei Kündigungen. Wie weiter?**

Nach Biel hat am 30. Mai 2014 auch der Gemeinderat von Lyss angekündigt, den Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei Bern per Ende 2016 zu kündigen. Der Gemeinderat Lyss will mit der Kantonspolizei einen neuen Vertrag aushandeln, wenn «auch die entsprechenden Arbeitsinstrumente und Steuerungsmöglichkeiten» zur Verfügung gestellt werden. Die Totalrevision des Polizeigesetzes ist in diesem Jahr gestartet worden und bietet Gelegenheit, das System Einheitspolizei mit den Ergebnissen der Evaluation von Police Bern weiterzuentwickeln.

Fragen:

1. Wie unterstützt der Regierungsrat die Kantonspolizei, um mit den kündigungswilligen Gemeinden für eine Fortführung der Ressourcen- oder Leistungseinkaufsverträge ins Gespräch zu kommen?
2. Welche Ansätze sieht der Regierungsrat, damit den Gemeinden «Arbeitsinstrumente und Steuerungsmöglichkeiten» zur Verfügung gestellt werden können?
3. Wie finanziert der Regierungsrat die Leistungen der Kantonspolizei, wenn die Gemeinden Biel und Lyss aus der gemeinsamen Finanzierung aussteigen würden?

Anfragen Junisession 2014**Anfrage 14**

Urheberin/Urheber:

Bühler Manfred, Cortébert (SVP)

Beantwortet durch:

STA**Interjurassische Zusammenarbeit: Wurde der Kanton Bern hintergangen?**

Die Regierung des Kantons Jura hat heute ihren jährlichen Bericht an das Parlament über die Wiederherstellung der jurassischen Einheit veröffentlicht. Darin wird namentlich erwähnt, dass die künftigen Beziehungen zwischen dem Kanton Jura und dem Berner Jura jurassischerseits nicht durch das politische Ziel der Wiedervereinigung motiviert sein sollen. Die interjurassische Zusammenarbeit solle nicht vor dem Hintergrund einer institutionellen Annäherung wahrgenommen und gelebt werden.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat erstaunt, feststellen zu müssen, dass die jurassische Regierung zugibt, die seit Jahrzehnten aufgebaute interjurassische Zusammenarbeit sei aus jurassischer Sicht durch das Ziel der Wiedervereinigung motiviert gewesen?
2. Hat der Regierungsrat nicht den Eindruck, von der jurassischen Regierung hintergangen worden zu sein, da sich diese scheinbar im Namen des interjurassischen Reflexes für die Zusammenarbeit ausgesprochen hatte, in Tat und Wahrheit aber das Ziel der Wiedervereinigung verfolgte?
3. Wie wird der Regierungsrat auf diese Haltung der jurassischen Regierung reagieren?

Anfragen Junisession 2014**Anfrage 1**

Urheberin/Urheber: **Guggisberg Lars, Kirchlindach (SVP)** Beantwortet durch: **GEF**

Verspätete Zahlungen an Spitex-Organisationen

Gemäss Leistungsvertrag sollten die Spitex-Organisationen im Kanton Bern die Akontokantonsbeiträge für das 1. Quartal 2014 nachschüssig bis am 15. Mai überwiesen erhalten haben. Die meisten Spitex-Organisationen sind aufgrund der dünnen Kapitalausstattung dringend auf die pünktliche Zahlung angewiesen, damit sie ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen können. Mehrere Organisationen haben die Geldzahlungen nicht fristgerecht erhalten. Sie sind gezwungen, Kredite bei Banken oder Gemeinden aufzunehmen. Ebenso wenig wurden die Organisationen zeitgerecht und flächendeckend über die verspätete Auszahlung informiert. Diese Vorkommnisse und die mangelhafte Kommunikation werfen folgende Fragen auf:

Fragen:

1. Warum ist es im Zusammenhang mit den Kantonsbeiträgen für das 1. Quartal zugunsten der Spitex-Organisationen zu Verzögerungen gekommen?
2. Warum wurde die verspätete Auszahlung der Beiträge nicht zeitgerecht und flächendeckend kommuniziert?
3. Ist die GEF zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen bei den Spitex-Organisationen bereit, die Zahlungen inskünftig wieder vor- statt nachschüssig zu leisten?

Anfragen Junisession 2014**Anfrage 4**Urheberin/Urheber: **Gsteiger Patrick, Eschert (EVP)**Beantwortet durch: **GEF****Exit erweitert Sterbehilfeangebot für lebensmüde Betagte**

Die Sterbehilfeorganisation Exit hat an ihrer letzten Generalversammlung ihre Statuten um den Passus «Exit engagiert sich für den Altersfreitod» erweitert. Betagte oder hochbetagte Sterbewillige sollen künftig weniger umfassende ärztliche Abklärungen über sich ergehen lassen müssen, um das Sterbemedikament zu bekommen.

Die Äusserungen des Vereins, dessen Mitgliederzahlen und Einsätze stark zunehmen (Exit hat im vergangenen Jahr in der deutschen Schweiz 459 begleitete Sterbehilfen durchgeführt), sind in vieler Hinsicht besorgniserregend.

Fragen:

1. Wie viele Suizidbegleitungen gab es im Kanton Bern in den vergangenen Jahren und insbesondere im Jahr 2013?
2. Gedenkt der Regierungsrat auf die Erweiterung des Exit-Angebots zu reagieren, indem er die psychiatrische Hilfe oder die Palliativpflege ausbaut?
3. Ist der Regierungsrat im Wissen darum, dass die Schweiz regelmässig vom europäischen Gerichtshof gerügt wird, bereit, sich beim Bund für eine Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen einzusetzen?

Anfragen Junisession 2014**Anfrage 5**

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Wie weiter mit der Fachhochschule Burgdorf?

Bereits sind zwei Jahre vergangen, seit der Grosse Rat Folgendes beschlossen hat:

Die Departemente der Berner Fachhochschule auf je einen Standort zu konzentrieren, und Burgdorf als Standort beizubehalten. Zwar wurde am Projekt Biel weitergearbeitet, aber in Bern und Burgdorf herrscht Funkstille. Nun liegt aber seit März 2014 eine überzeugende Studie betreffend die Fachhochschule Burgdorf vor.

Fragen:

1. Wie hat der Regierungsrat die neue Studie aufgenommen?
2. Wann erfährt der Grosse Rat Details über den Stand der Dinge?
3. Welche Einflussmöglichkeiten hat der Grosse Rat auf die Ausgestaltung der Berner und der Burgdorfer Fachhochschule?

Anfragen Junisession 2014**Anfrage 11**Urheberin/Urheber: **Bachmann Christian, Nidau (SP)**Beantwortet durch: **ERZ****Reduktion von Sportlektionen am Gymnasium**

Mit der neuen Lektionentafel am Gymnasium ist vorgesehen, dass in der Tertia nur noch 2½ statt 3 Lektionen Sport unterrichtet werden sollen. Dafür soll ein Sportlager durchgeführt werden. Dieses Vorhaben verstösst gegen das neue Sportförderungsgesetz und dessen Verordnung (Art. 49, Pt. 3: An Mittelschulen sind pro Schuljahr mindestens 110 Lektionen Sportunterricht zu erteilen. Die Lektionen sind regelmässig über das ganze Schuljahr zu verteilen.). Bei 2½ Lektionen werden bloss noch 97,5 Lektionen regelmässig erteilt.

Frage:

- Wie beurteilt die Regierung diesen Verstoß gegen das Bundesgesetz?

Anfragen Junisession 2014**Anfrage 2**

Urheberin/Urheber: **Krähenbühl Samuel,
Unterlangenegg (SVP)**

Beantwortet durch: **VOL**

Vergabe IT-Aufträge - Gesamtlösung EDV Landwirtschaft und Natur (GELAN)

Die Kantone Bern, Freiburg und Solothurn betreiben gemeinsam zum Agrarvollzug als Agrarinformationssystem die «Gesamtlösung EDV Landwirtschaft und Natur (GELAN)». Das System der Synthesis Informatik AG läuft seit 1998. Viele Bauern beklagen sich über das benutzerunfreundliche System.

Fragen:

1. Wurde das Agrarinformationssystem seit 1998 jemals neu ausgeschrieben?
2. Wurde der Auftrag für den Weiterbetrieb von GELAN in der Zwischenzeit freihändig neu vergeben?
3. Wurde seit 1998 jemals eine andere Lösung für ein Agrarinformationssystem evaluiert?

Anfragen Junisession 2014

Anfrage 10

Urheberin/Urheber: **Bachmann Christian, Nidau (SP)**

Beantwortet durch: **FIN**

Einführung HRM 2

Die Einführung des Harmonisierten Rechnungsmodells 2 (HRM 2) auf kantonaler Ebene soll zwei Jahre später umgesetzt werden als vorgesehen.

Frage:

- Ist die Einführung von HRM 2 auf Gemeindeebene von dieser Verzögerung betroffen (Zeitpunkt der Einführung; Bereitstellen der Informatik)?